

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/2019

Juli/August 2019

Wichtige Erfahrungen der sich entwickelnden proletarischen Bewegung ab dem „Sozialistengesetz“ 1878:

Aus dem praktischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Judenfeindschaft lernen!

Im Kontext sich verschärfender Klassenkämpfe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die revolutionäre Partei der proletarischen Klasse, die sich damals noch Sozialdemokratische Partei Deutschlands nannte, im Kampf gegen Kapitalismus, Preußentum und deutschen Militarismus zusätzlich mit einer kaum zu überschätzenden Herausforderung konfrontiert: die von der herrschenden Klasse gerade auch gegen die proletarische Partei eingesetzte judenfeindliche Bewegung, die sich vor allem gegen die jüdische Bevölkerung richtete. Die vom Polizeiterror bedrohte proletarische Partei – und hier vor allem fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter – führte einen praktischen Kampf gegen die erstarkende judenfeindliche Bewegung, der wirklich vorbildlich war und heute weitgehend vergessen ist. Dabei ist aus dem damaligen Kampf gegen Judenfeindschaft sehr viel für heute zu lernen. Wie nötig das ist, zeigt einerseits die massive Zunahme der Judenfeindschaft in Deutschland heute in Verbindung mit zunehmendem Nationalismus und Rassismus, zum anderen die große Schwäche des Kampfes dagegen, insbesondere auch seitens der proletarischen Klasse.

Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880

Zunächst richtete sich ihr Kampf gegen die neu entstandenen politischen judenfeindlichen Parteien. Sozialdemokratische Rednerinnen und Redner traten in Versammlungen der Judenfeinde auf (da wegen des „Sozialistengesetzes“ ab 1878 keine sozialdemokratischen Veranstaltungen legal durchgeführt werden konnten), um die eigenen Argumente vorzubringen, die Veranstaltung zu übernehmen oder zu stören.

Die Gründungsveranstaltung von Stoeckers judenfeindlicher Christlich-Sozialer Arbeiterpartei in Eiskeller in Berlin Anfang 1878 („Eiskeller-Versammlung“)

scheiterte zunächst kläglich. Fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter sprengten die Versammlung.

Einen aufschlussreichen „Stimmungsbericht“ der sogenannten „Reichshallenversammlung“ des Judenfeinds Henrici gibt die liberale „Tribüne“ (Nr. 298, 19. Dezember 1880)^[1] Eine „große Anzahl Israeliten, Sozialdemokraten, etc.“ war unter den 3.000 Besuchern der Veranstaltung^[2], die von Tumulten und Schlägereien unterbrochen wurde.

Nach antijüdischen Überfällen in der Silvesternacht 1880, vor allem in Berlin, wurde gegen die Judenfeinde mobilisiert. Es wurden in Berlin Flugblätter verbreitet und Versammlungen gegen die Judenfeinde organisiert. Entscheidend war, so Martin Philippon, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Stoecker Stellung bezogen.^[3]

Für den 11. Januar 1880 mobilisierten fortschrittliche sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Berliner Reichshallen zu einer Versammlung zum Thema „Die Stellung der Arbeiterschaft zur Judenfrage“, an der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen.^[4]

Bebel unterrichtete am 14. Januar 1881 Engels über die Aktion und schrieb:

„Dass die Berliner Arbeiter gegen die Berliner Bourgeoisie Bildung und Kultur vertreten mussten, das ist prächtig ...“^[5]

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Judenfeinde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden aufgerufen, solidarisch zu sein, „sich entsprechend ihrem Gerechtigkeitssinn und ihrem demokratischen Geist der Schmälerung der den Juden verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Gleichstellung zu widersetzen“.^[6] Im Versammlungsprotokoll, so Bernstein, wurde „stürmischer, nicht endend wollender Beifall“ verzeichnet, als der Zigarrenmacher Stahl auf seine jüdische Herkunft hinwies.^[7]

Judenfeindschaft

„Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich beteiligt.“ (1893)^[8]

Wichtig ist festzuhalten, dass die sozialdemokratischen Aktivistinnen und Aktivisten die Judenfeinde und die Schädlichkeit ihrer Hetze Ernst und auch zum Anlass nahmen, konkret gegen die Judenfeinde vorzugehen, bevor die Parteiführung sich offiziell und grundlegend mit der Frage der Judenfeindschaft beschäftigt hatte.

Auch in den Folgejahren, insbesondere seit der erneuten Verschärfung der Judenfeindschaft ab 1890, wurde diese Praxis fortgesetzt.

Eine Veranstaltung besonderer Art in Berlin 1881^[9]

Am 11. Januar 1881 fand in Berlin eine Veranstaltung besonderer Art statt. Mit großen Plakaten wurde in ganz Berlin die

Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft -Thesen einer umfangreichen Analyse -

Die Analyse hat ergeben, dass die sich entwickelnde Bewegung der proletarischen Klasse in der behandelten Zeitspanne gerade in praktischer Hinsicht ausgesprochen positive Aktionen durchgeführt hat, dass aber die Sozialdemokratie auf theoretischem Gebiet in widersprüchlicher Weise Stellung bezogen hat. Das ergibt die Analyse von umfangreichem Material aus den sozialdemokratischen Publikationen entlang von fünf grundlegenden Fragen.

a) Welche aktuellen und tiefergehenden Ursachen der Judenfeindschaft gibt es?

Vorherrschend wurde die Frage nach den Ursachen so beantwortet, dass zwar der Zusammenhang zwischen den „Sozialistengesetzen“ und der Gründung sich antisemitisch nennender Organisationen hergestellt wurde, aber der Hauptakzent wurde auf das Mittelalter, auf den Feudalismus und den Übergang zum Kapitalismus gelegt. Die vom Untergang bedrohten Mittelschichten seien die Hauptträger der Judenfeindschaft. Damit verbunden war die ebenfalls weit verbreitete These, dass durch die Entwicklung des Kapitalismus feudale Strukturen und die Mittelschichten und damit auch die Judenfeindschaft verschwinden würden. In der Tat spielten die reaktionären Traditionen des Mittelalters auch im Kapitalismus eine große Rolle und darauf hinzuweisen war nicht falsch. Das Problem war die Überbetonung oder Verabsolutierung. So ist das Problem einer Unterschätzung der aus den Klassenkämpfen des Kapitalismus erwachsenen Kontinuität und Weiterentwicklung der Judenfeindschaft entstanden und damit eine Unterschätzung der Judenfeindschaft in der Gegenwart und für die Zukunft. Das war ein wirkliches Grundproblem der Sozialdemokratie.

Allerdings gab es auch gegenteilige Positionen bei der Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Judenfeindschaft. Gesehen wurde vor allem die Funktion der Judenfeindschaft als Mittel der herrschenden Klasse, sowohl im Feudalismus als auch im Kapitalismus. Es wurde auch verstanden, dass angesichts des Entstehens eines jüdischen Proletariats und seiner revolutionären Teile auch hier die Judenfeindschaft zum Einsatz kommt und weiterhin kommen wird.

So richtig die Feststellung war, dass jene die Hauptmasse der judenfeindlichen Organisationen bildeten, die von reaktionären Traditionen geleitet und von der Aussicht angetrieben waren,

sich auf Kosten der jüdischen Konkurrenten zu bereichern, so gab es doch eine Überbetonung des rein ökonomischen Faktors und eine Verkennung der Tatsache, dass ohne Judenhetze keinesfalls Judenfeindschaft in den Mittelschichten automatisch entstanden wäre.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei der Frage der Ursachen der Judenfeindschaft es zu einer falschen Einschätzung der Bedeutung der ökonomischen und objektiven Faktoren (der realen Verhältnisse) kam und die Bedeutung des Überbaus, der Ideologie und Politik für die Judenfeindschaft unterschätzt wurde.

b) Welche Grundfunktion hat die Judenfeindschaft?

Das Problem bei der Beantwortung dieser Frage war, dass nicht vorrangig als Grundfunktion herausgearbeitet wurde, dass Judenfeindschaft ein Mittel des Klassenkampfes von oben ist, das bewusst eingesetzt wurde. Basierend auf ökonomistischen Erklärungen, wurde die Funktion der Judenfeindschaft fälschlich vorrangig aus dem Abwehrkampf der Mittelschichten gegen ihren Untergang erklärt. Die Grundfunktionen waren jedoch, von der herrschenden Klasse abzulenken und den Kampf der Ausgebeuteten durch Spaltung und Aufhetzung zu schwächen und zu verhindern. Allerdings gab es auch gewichtige Stimmen, die gerade auch diese Funktion hervorgehoben haben.

c) Welche Wirkung hat die Judenfeindschaft?

Eher untergeordnet und vereinzelt wurde auf die reale Bedrohung der jüdischen Bevölkerung durch die Judenfeinde hingewiesen. Erst sehr spät, dann aber auch sehr deutlich, wurde die Bedeutung der Judenfeindschaft für die Brutalisierung, Demoralisierung und Verdummung der Anhängerschaft herausgearbeitet, wobei durchaus umstritten war, inwieweit Judenfeinde auch in der proletarischen Klasse Anhänger gewinnen können und inwieweit die proletarische Klasse immun dagegen sei.

An diesem Punkt wird deutlich, dass in den Reihen der Sozialdemokratie die doch gewichtigen Analysen von Heinrich Heine und von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nicht aufgegriffen und ausgewertet wurden.

d) Welche Gesamteinschätzung der aktuellen Judenfeindschaft gab es?

Im Grunde wurde um diese Frage ein heftiger Kampf geführt, der aber nicht in einer direkten Auseinandersetzung

ausgetragen wurde. Die Auffassungen von Vertretern der jüdischen Gemeinden waren hier unmissverständlich und richtungsweisend.

Unversöhnliche Positionen standen hier nebeneinander. Die richtige Ansicht, dass die Judenfeindschaft nur reaktionär sei, ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden musste und man nur „über die Leiche des Antisemitismus“ hinweg vorwärtsschreiten konnte, hat sich nicht wirklich durchgesetzt. Gleichzeitig aber wurde die judenfeindliche Bewegung teilweise als antikapitalistisch eingeschätzt. Daraus wurde dann der falsche Schluss gezogen, dass es sich nur um „dumme Kerle“ handelte, dass die judenfeindlichen Organisationen säen, die Sozialdemokraten aber ernten würden, dass die judenfeindliche Bewegung schließlich wider Willen revolutionär wirken würde und in ihr gar eine angebliche Vorstufe des Sozialismus zu sehen sei.

In der Tat gab es auch Tendenzen, den Unterschied zwischen Hauptvertretern der Judenfeindschaft und ihren Anhänger überzubetonen und die Ansammlung charakterloser und reaktionärer Menschen bei der Anhängerschaft zu bagatellisieren, ja teilweise wurde sogar versucht, die Hauptvertreter in einem milden Licht erscheinen zu lassen.

Richtig und wichtig war auch, dass die Judenfeindschaft in mehreren Beiträgen keinesfalls nur auf die neuen, sich antisemitisch nennenden Organisationen beschränkt wurde, sondern die judenfeindlichen Grundpositionen der viel mächtigeren konservativen Parteien aufgedeckt wurde.

Vereinzelt wurde auch richtig der Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus und Judenfeindschaft erkannt.

Aus all dem ergaben sich auch unterschiedliche Antworten, wie die Judenfeindschaft zu bekämpfen ist.

e) Wie die Judenfeindschaft bekämpfen?

Eindeutig war, dass die judenfeindliche Bewegung sich direkt gegen die Sozialdemokratie richtete und daher auch bekämpft werden musste. Eher vereinzelt, aber deswegen dennoch von besonderem Gewicht, gab es Aufrufe zur Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung. Außerordentlich positiv einzuschätzen – auch wenn es hierzu nur vereinzelt Äußerungen gab – ist die Haltung zur Religion, wo grundlegend richtig im Kampf gegen religiöse Judenfeindschaft das Recht auf Religionsaus-

übung für alle Religionen, also auch der jüdischen Religion propagiert wurde.

Die Hauptfrage im ideologischen Kampf war aber, wann, auf welchen Gebieten und wie der judenfeindlichen Hetze entgegengetreten werden sollte.

Auch hier gab es recht unterschiedliche Einschätzungen und Antworten. Das Grundproblem war, inwieweit Zugeständnisse gemacht wurden. Es gab eine gut gemeinte, aber ganz falsche Denkfigur, die aus der Zeit der Aufklärung stammte und teilweise von der Sozialdemokratie übernommen wurde. Es wird den Judenfeinden zugestanden, dass die jüdische Bevölkerung im Mittelalter wucherisch, übel und verdorben gewesen sei (was teilweise auch mit dem Akzeptieren des Konstrukts einer „jüdischen Rasse“ einherging). Die Einschätzungen der Judenfeinde werden auf diese Weise bestätigt, anstatt sie zu widerlegen. Gestritten wird dann über die Ursache. Als Ursache müsse die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung durch die christlich-feudale Mehrheitsgesellschaft und das schändliche Wirken der Judenfeinde gesehen werden und keinesfalls können dafür angeborene Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung angeführt werden. Diese Argumentationskette beinhaltet in Wirklichkeit ein weitgehendes Zugeständnis und ist grundfalsch.

So richtig eine direkte Polemik gegen rassistische Ansätze war, so grundfalsch war aber auch die Übernahme der Behauptung, sei es als Entgegenkommen oder aufgrund falscher eigener Ansichten, dass „die Juden“ Wucherer gewesen seien und diese „Eigenschaft“ gar bis in die Gegenwart behalten hätten.

Zugeständnisse gab es auch auf folgenden Gebieten: Verleumdungen und absurde Behauptungen wurden nicht

deutlich als solche gekennzeichnet, sondern im Detail diskutiert. Am gravierendsten dabei war die „Ja, aber ...“-Methode, etwa wenn es um die Beschuldigung ging, dass alle Juden Wucherer seien oder auch wenn die Judenfeinde statistische Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit und Straftaten konstruierten. So legitim es ist (und auch das wurde getan), das Ansehen der Judenfeinde durch Aufdeckung extremer Absurditäten und Lügen zu diskreditieren, so falsch ist es, sie als Diskussionspartner ernst zu nehmen. Mit dem Streit über Details und die Interpretation von statistischem Material werden Judenfeinde immanent als relevante Diskussionspartner aufgewertet und unwichtigen Themen wird so ein Stellenwert gegeben, den sie nicht haben. Dieser Aspekt wurde gerade von Vertretern der jüdischen Gemeinden nachdrücklich klaggestellt.

Auch die Irrelevanz von solchen Zahlenspielen wie die Anzahl jüdischer Mitglieder im Vorstand der Sozialdemokratie, die Anzahl jüdischer Viehhändler und städtischer Wucherer, die Anzahl von Juden bei verschiedenen Straftaten usw. wurde oft nicht prinzipiell aufgedeckt und als Argument abgelehnt.

Von ganz besonderem Gewicht war auch der oft fatale Umgang mit judenfeindlich geprägten Sprachbildern. Es wurde unerträglich oft der Sprachgebrauch „der Jude“, „jüdisches Kapital“ usw. übernommen, auch wenn gleichzeitig durchaus Kritik an solchen Verallgemeinerungspraktiken existierte. Es wurde jedoch auch grundlegend abgelehnt, von „christlichem“ und „jüdischem Kapital“ zu sprechen, was innerhalb der Sozialdemokratie eher selten vorkam.

Eher eine Ausnahme war dagegen, dass die aufgrund der Proteste gegen

die Judenfeindschaft vereinzelt vorkommende strafrechtliche Verfolgung der Judenfeinde als zu hart und als unangemessen eingeschätzt wurde, obwohl genau das Gegenteil richtig gewesen wäre. Es wurden aber auch Gefängnisstrafen für Judenfeinde gefordert.

* * *

Gezeigt hat sich also: Die Schwächen der Sozialdemokratie auf theoretischem und ideologischen Gebiet waren im Kampf gegen Judenfeindschaft gravierend, oft erschütternd und manchmal schwer zu begreifen. Allerdings hat sich gezeigt, dass eine rein theoretische Analyse all dieser Fragen in keiner Weise ausreichend ist, da die grundlegende demokratische und sozialistische Bildung der Anhängerschaft der Sozialdemokratie ganz offensichtlich in der Praxis auf dem Niveau war, Aktionen und Kämpfe insbesondere gegen Versammlungen der judenfeindlichen Parteien und Organisationen in Stadt und Land durchzuführen.

Für Freund und Feind war klar, dass der Judenfeindschaft und judenfeindlichen Organisationen der Kampf angesagt wurde. In erster Linie wurde eine Unversöhnlichkeit zwischen Sozialdemokratie und Judenfeinden deutlich, wie auch von Vertretern der jüdischen Gemeinden gesehen und anerkannt wurde. Das war und bleibt die Hauptsache der politischen Linie der damaligen Sozialdemokratie, wie sich auch im konkreten Kampf ihrer Aktivistinnen und Aktivisten gegen Judenfeinde in Versammlungen und auf der Straße zeigte.

Im Großen und Ganzen stehen wir zu der These, dass auch die schwerwiegendsten Fehler jedoch Fehler im Kontext eines ausgesprochen wichtigen Kampfs gegen die Judenfeindschaft waren.

Veranstaltung angekündigt. Es waren nur Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen. Um 20 Uhr waren ca. 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Veranstaltungshalle. Die Veranstaltung ging bis ca. 23.00 Uhr.

Die Veranstaltung richtete sich gegen den Judenfeind Stöcker, aber es waren auch Stöcker Anhänger anwesend.

Die Veranstaltung beginnt mit dem Referat von Ewald. Er fordert „Gleiches Recht für alle“ und geht auf die Repression der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ein und weist auf ihre Leiden hin. (S. 4) Weiter führt er aus, dass Stoecker nicht Nächstenliebe, sondern Hass gegen die Juden und Jüdinnen predigt. (S. 4) Schließlich legt Ewald, nach einigen

rhetorischen Ausflügen, eine Resolution vor, in der zu Recht „alte Vorurteile“, wie der „Rassenhass“ benannt sowie die Unvereinbarkeit der Judenfeinde mit demokratischen Positionen und den Interessen der Lohnabhängigen herausgestellt werden. (S. 5/6) Abschließend erklärt die Resolution deutlich:

„Wir warnen alle städtischen und ländlichen Lohnarbeiter Deutschlands vor den Betörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art, sich zu einer Beteiligung an jener haltlosen und widersinnigen Bewegung verleiten und als Werkzeug zu ihren selbstsüchtigen Zwecken gebrauchen zu lassen. Ebenso warnen wir

die Arbeiter vor irgendwelcher Beteiligung an dieser sie nicht direkt berührenden Bewegung.“ (S. 6/7)

In der nachfolgenden Debatte, in der auch Anhänger Stoeckers ihre primitiven judenfeindlichen Positionen darlegten, gab es nicht unberechtigte Kritik an der zu langen und umständlichen Resolution. Es gab im Einleitungsreferat auch arge immanente Begründungen wie, dass die Judenfeinde das sogenannte Ansehen Deutschlands im Ausland schädigen würden oder ähnliches. (S. 5) Aber vorherrschend war die prinzipielle Ablehnung von Stoecker. Der Tischler Wegfraß betonte:

„Die ganze Judenfrage ist nichts weiter als ein Kunststückchen der Reaktion. Wer nicht die volle Gleichheit will, der hat kein Anrecht auf den Ehrentitel eines demokratischen Arbeiters...

Herr Stoecker sucht die Arbeiter zu verführen, er erregt Hass und Leidenschaft und wenn wir nicht mannhaft gegen ihn auftreten, dann wird seine Agitation noch zu Mord und Totschlag führen.“ (S. 11/12)

Ablenkung

„In dem Antisemitismus, welcher der Unzufriedenheit mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Teil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntnis abzubringen und den gefährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln.“ (1890)^[10]

Es wurde vom Fabrikarbeiter Mayer auch eine kurze und knackige Resolution gegen die zu lange und umständliche Resolution vorgeschlagen:

„In Anbetracht, dass die Deutschen Arbeiter den Grundsatz: ‚Gleiches Recht für Alle!‘ festhalten, spricht die heutige Versammlung Berliner Arbeiter ihr Bedauern darüber aus, dass auf Veranlassung des Herrn Hofprediger Stöcker gegen eine einzelne Religionsklasse ohne jeden stichhaltigen Grund eine Agitation ins Leben gerufen ist, welche für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdend wirken kann, sieht sich zu der Erklärung genötigt, sich der Bewegung der sogenannten ‚Germanen‘ (Antisemiten) fernhalten zu wollen und fordert alle Deutschen Arbeiter auf, diese Erklärung beizutreten.“ (S. 7)

Schließlich wurde um ca. 23.00 gegen ca. 10 Gegenstimmen die ursprünglich vorgeschlagene Resolution angenommen.

Erneute handfeste Gegenwehr sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten ab 1890

In den Städten

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend gegen Judenfeinde vor. Mutige Aktivistinnen und Aktivisten störten und sprengten Versammlungen der Judenfeinde, die meist keine Redner aus den Reihen der Gegner der Judenfeinde zuließen.

Teilweise gelang es auch, auf Veranstaltungen der Judenfeinde eigene Rednerinnen und Redner einzuschleusen bzw. Gegenreden zu halten und sogar Resolutionen zur Abstimmung zu bringen.

In Lörrach wurde am 1. Mai 1890 eine Veranstaltung von Judenfeinden von den anwesenden „etwa 200 Arbeitern und Freisinnigen“ übernommen und ein eigener Versammlungsleiter gewählt, da man verhindern wollte, dass ein „Judenhetzer“ sein „schändliches Treiben fortsetze“. Von der Mehrheit der Versammlung wurde unterbunden, dass der judenfeindliche Anmelder der Veranstaltung zu Wort kam. Die Versammlung wurde auf Veranlassung der Judenfeinde polizeilich unter Berufung auf das „Sozialistengesetz“ aufgelöst.^[11]

In Erfurt störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den „Antisemitentag“ im Juli 1890. Ein judenfeindlicher Redner erklärte, dass die Sozialdemokratie „einen jüdischen Rechtsanwalt im Reichstag“ habe, worauf der Sozialdemokrat Noack brüllte: „Da sind wir stolz darauf!“ Er referierte Engels mit den Worten: „Wir verdanken den Juden zu viel, als dass wir antisemitisch sein dürften.“^[12]

Im August 1890 „besuchten“ in Berlin sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine Versammlung von Judenfeinden, um eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, in der die „Schändlichkeiten des Antisemitismus in immer weiteren Kreisen“ bekannt gemacht werden sollte. Die Resolution wurde von der Mehrheit der anwesenden Judenfeinde letztlich abgelehnt.^[13]

Im April 1891 störten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Versammlung des „Antisemitischen Vereins“ in Berlin, auf der sich der judenfeindliche Reichstagsabgeordnete Rickenbach über „Judentum und Sozialdemokratie“ ausließ.^[14] Im gleichen Monat störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine Versammlung der Deutschsozialen-antisemitischen Partei Böckels. Sie machten fast die Hälfte des Publikums aus und hielten zahlreiche Gegenreden.^[15] Im Oktober 1891 wurde eine Versammlung des judenfeindlichen Deutschenationalen Reformvereins in Lahr massiv gestört.^[16] Im Dezember 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten in Darmstadt eine Versammlung der Judenfeinde.^[17]

Anfang Mai 1892 sprach auf einer Versammlung in Chemnitz der judenhetzerische Wanderprediger Dr. Danneil aus

Bielefeld. Gegner der Judenfeinde störten die Versammlung, die am Ende gegen fünf Stimmen eine Resolution annahm, die „sich mit größter Entschiedenheit gegen den Antisemitismus ausspricht“.^[18] Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins“ vom März 1892 wird berichtet, dass in Oranienburg eine Versammlung der Judenfeinde durch eine Mehrheit sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten gestört wurde und der judenhetzerische Redner seinen Beitrag nicht halten konnte.^[19] Im Februar 1893 berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, dass bei einer Veranstaltung der Judenfeinde in Possendorf zwei Aktivisten der Sozialdemokratie als Gegenredner auftraten.^[20] Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ gab die Gegenrede des Aktivisten Breslauer wieder:

„... Hierauf sprach Genosse Breslauer, welcher u. a. erklärte, da der (antisemitische) Referent behauptet habe, es gebe keine arbeitenden Juden, dass er Jude und Arbeiter sei und er dem Referenten viele jüdische Arbeiter nachweisen könnte, es sei nicht eine Religion und eine Rasse an dem heutigen Elend schuld, sondern die Übermacht des Kapitals.“^[21]

Im gleichen Monat störten Aktivisten der Sozialdemokratie zusammen mit Linksliberalen in Zittau eine Veranstaltung von Judenfeinden.^[22]

Im April 1893 ist eine gemeinsame Aktion von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde und sozialdemokratischen Aktivisten in Wolfenbüttel dokumentiert. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde hatten Eintrittskarten für eine Veranstaltung von Judenfeinden aufgekauft und an Sozialdemokraten verteilt.

Kapital hat keine Religion!

„Was sage ich? Christliches Kapital? Das Kapital ist nicht christlich und es ist nicht jüdisch. Das Kapital hat keine Religion, als seine eigene und die ist: die Arbeiter auszubeuten.“ (1893)^[23]

Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins“ vom März 1893 wird positiv von einer Rede Wilhelm Liebknechts berichtet, die dieser gegen die Judenfeindschaft gehalten hatte:

„Leipzig, 5. März. In einer heute Vormittag abgehaltenen Sozialdemokratischen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Liebknecht über Sozialismus und Antisemitismus. Der Redner wendete sich in den schärfsten Aus-

brüchen gegen den Antisemitismus. Die Sozialdemokratie würde nie die Sippe der Antisemiten unterstützen. Redner schloss mit den Worten:

„Das Narrenschiff des Antisemitismus wird zerschellen an der Kultur unserer Zeit und an der heutigen Sozialdemokratie.“

Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden.^[24]

Auf dem Land

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten vor allem auf dem Land aktiv und teilweise ohne konkrete Anleitung durch die Zentrale gegen die Judenfeinde vor. Bereits 1889 hatten sie von der sozialdemokratischen Führung eine deutliche Stellungnahme, konkrete Handlungsanweisungen und eine Unterstützung im Kampf gegen die sich ausbreitende Judenfeindschaft gefordert. Der Marburger Delegierte Zappay forderte auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1890 geradezu verzweifelt Unterstützung für „kräftige Gegenreaktionen“ gegen die Judenhetzer:

„Die Genossen von Marburg beantragen, dass in Anbetracht des Vordringens der antisemitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwerflichen Kampfweise, welche sich die Antisemiten speziell gegen die Sozialdemokraten bedienen, die Partei, die Parteigenossen Marburgs in irgendeiner Weise unterstützt, damit am Herde der antisemitischen Agitation eine kräftige Gegenreaktion entwickelt werden kann.“^[25]

Der Antrag wurde an den Parteivorstand überwiesen. Ein weiterer, nicht behandelter Antrag lautete:

„Die Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beantragen, der Parteitag wolle beschließen, in den ländlichen Wahlkreisen von Zeit zu Zeit, auf Kosten der Partei, ein Flugblatt erscheinen zu lassen, welches geeignet ist, die Agitation, den antisemitischen wie den anderen reaktionären Bestrebungen gegenüber, zu fördern. H. Westphal, H. Prinz, Friedberg-Büdingen“^[26]

Gefordert wurde auch ein Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung. Solche richtigen Forderungen wurden auf dem Parteitag und danach aber wohl weitgehend ignoriert, teilweise auch abgelehnt. So wiegelte das Zentralorgan

1893 die wiederholten Aufforderungen, eine solche Literatur zu schaffen, mit dem ökonomistischen Selbstlauf-Argument ab, dass „die Verhältnisse [...] unsere besten Agitatoren (sind)“. „Die Verhältnisse [...] werden uns [...] die Masse der deutschen Bauern zuführen.“ (Vorwärts, Nr. 206, 2.9.1893) Abgelehnt wurde auch die Herausgabe eines Wochenblatts für die Landagitation.^[27]

Die Agitationskomitees agierten im Kampf gegen die Judenfeinde – positiv ausgedrückt – relativ selbstständig in Ermangelung einer Anleitung durch das Parteizentrum. Sie schätzten die Judenhetze als weit gefährlicher und bedrohlicher ein als manch führender Kader in der Zentrale. Neben dem Verteilen von Flugblättern, Broschüren und Zeitungen und mündlicher Agitation führten sie eigene Veranstaltungen durch oder störten bzw. sprengten Veranstaltungen der Judenfeinde.^[28] Im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei berichteten regionale Blätter und Broschüren der Agitationskomitees über die Aufklärungsarbeit anderer Ortsvereine gegen die völkische Ideologie, stellten die praktischen Konsequenzen der Judenhetze an Beispielen aus dem Alltagsleben vor und griffen einzelne judenfeindliche Broschüren heraus, um sie zu widerlegen. Vorträge und Reden gegen die Judenfeindschaft (so etwa die Rede Wilhelm Liebknechts 1893 in Leipzig) wurden nachgedruckt.^[29] Damit gingen sie von der berechtigten Vermutung aus, dass derartige Publikationen durchaus auch von Aktivistinnen und Aktivisten verwendet werden konnten, die der Sozialdemokratie nahestanden, und fühlten sich für deren Verbreitung verantwortlich.

Nationalismus und Antisemitismus

„Es ist nur eine logische Konsequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judentum gegenüber ein pathetisch-feindselige Pose einnehmen. (...) Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, dass er von vorurteilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schoße des Nationalitätsgedankens ruhte.“ (1890)^[30]

In Marburg gaben Paul Baader und Kurt Eisner mit gewissem Erfolg die „Hessische Landeszeitung“ heraus. Das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ verwerte-

te selbst Quellen der liberalen Presse im Kampf gegen die Judenfeindschaft.^[31] Auch in Westfalen und Hamburg sollen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den Judenfeinden „am schärfsten zugesetzt“ haben.^[32]

Für fast alle Landagitatoren bedeutete dies insbesondere, dass sie der judenfeindlichen Bewegung unter den Bäuerinnen und Bauern sowie vor allem auch der vordringenden rassistisch-völkischen Judenfeindschaft den Kampf ansagen mussten.

In Hessen sprengten Aktivistinnen und Aktivisten Versammlungen von Judenfeinden und lieferten sich Straßenschlachten mit den Böckel-Anhängern.^[33] Anfang 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine judenfeindliche Versammlung in Windecken und drängten in einer regelrechten Straßenschlacht die Böckel-Anhänger aus dem Ort hinaus. Gegen die Sozialdemokraten wurden Militäreinheiten eingesetzt.^[34]

Ein Aktivist aus Frankfurt berichtet von einem „Landsonntag“ im Februar 1892:

„In ... gewesen. Versammlung niedergeschrien. Großer Tumult. Wir geprügelt. Versammlung aufgelöst. Zurückgefahren für 5.- Mark auf Leiterwagen. Dabei halb erfroren. Von frühmorgens bis abends 10 Uhr nichts gegessen. Hosen zerrissen. Eine Menge Geld verbraucht. ‚Glücklich‘ in Fr. angekommen. Die verflissene Nacht von nichts als von Stöcken, Gendarmen und Stuhlbeinen geträumt.“^[35]

Man verweigerte den Aktivistinnen und Aktivisten Räume für Veranstaltungen oder Übernachtungsmöglichkeiten und die Judenfeinde gingen nicht selten mit Gewalt gegen ihre Gegner vor. So wird im „Vorwärts“ berichtet, dass am 1. März 1890 verhetzte Bewohner des Dorfs Blumberg bei Berlin Arbeiterinnen und Arbeiter aus Berlin überfielen:

„Mächtige Feldsteine wurden von allen Seiten in den durch eine Plane gedeckten Kremser geschleudert, mit Messern stachen die Angreifer in den Wagen hinein und fielen mit dicken, armstarken Knüppeln, aus welchen z. T. Nägel hervorragten, über die Berliner Arbeiter her.“^[36]

In Jöllnbeck bei Herford verletzten verhetzte und mit Messern, Knüppeln und Steinen bewaffnete Dorfbewohner unter Duldung der Gendarmerie sieben Aktivistinnen und Aktivisten schwer. Aus der hä-

mischen Berichterstattung der reaktionären Presse geht explizit hervor, dass sich an den Aktionen gegen die Judenfeinde auch sozialdemokratische Aktivistinnen beteiligt hatten.

Im Februar 1893 berichten die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ über eine Versammlung, in dem Aktivisten das Wort ergriffen.

Mit richtigen Argumenten ergriff in dieser Versammlung der Schlosser Rom das Wort:

„Ich frage Herrn Zenter, weshalb hat die christliche Religion, die schon fast 2000 Jahre die Weltherrschaft hat, dass Elend und die Nöth noch nicht aus der Welt geschafft? Plötzlich sollen an allem die Juden schuld sein Der Jude wird den ländlichen Arbeitern als Köder hingeworfen und wenn die Sozialdemokraten aufs Land kommen ..., dann werden sie aus dem Dorfe hinausgeknüppelt. Das ist die Freiheit der Antisemiten.“^[37]

Ein anderer Arbeiter ging auf antijüdische Verleumdungen („christliche Ausbeutung“, „Rasse“ usw.) ein:

„Der Metallarbeiter Litsin führte des Längeren aus, dass es für die Sozialisten keine Judenfrage, sondern nur eine soziale Frage gebe. ... Allerdings sei es Aufgabe der Sozialisten, die Arbeiter über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären und sie davor zu warnen, den Antisemiten Heeresfolge zu leisten, denn es sei für jeden Klarsehenden kein Zweifel, dass der Antisemitismus nur ein reaktionärer Vorspann sei, den die Regierung benutze, einmal gegen den Liberalismus und das andere Mal gegen das revolutionäre Proletariat auszuspielen.“^[38]

Aufstellung Paul Singers als Kandidat für den Reichstag

Während die sogenannten liberalen Parteien angesichts des Vormarsches der Judenfeinde immer seltener jüdische Kandidaten aufstellten, verhielt sich die Sozialdemokratie gerade anders. 1871 wurden mit Gabriel Löwenstein in Fürth und dem Lehrer Samuel Spier in Sachsen für die Landtagswahlen erstmals jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie aufgestellt. 1874 gelang es erstmals einem sozialdemokratischen Kandidaten – Johann Jacoby –, ein Mandat zu gewinnen. Jacoby trat das Mandat jedoch wegen der Ablehnung des Parlamentarismus nicht an.

Angesichts der zunehmenden Judenfeindschaft stellte die Sozialdemokratie

1883 unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ bewusst und demonstrativ Paul Singer als Kandidaten für die Berliner Stadtverordnetenwahl auf.

Seit 1868 verband Singer mit Bebel und Liebknecht eine enge Freundschaft. Berufliche Reisen ins Ausland waren eine gute Tarnung, um mit Genossinnen und Genossen im Exil Verbindung zu halten, Gelder zu sammeln usw. Ende November 1878 besuchte Singer Marx und Engels in London, um sie über die Lage in der Partei zu unterrichten und ihren Rat einzuholen.^[39] Im Juni 1879 fuhr er erneut nach London, um mit Marx und Engels die Herausgabe eines neuen Parteiorgans nach dem Verbot des „Vorwärts“ zu besprechen.^[40] Wenige Wochen später erschien dann in Zürich die erste Nummer des „Sozialdemokrat“.

Seine Aufstellung als Kandidat zur Berliner Stadtverordnetenwahl 1883 war ein bewusstes und demonstratives Statement der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft. Die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützten dieses Statement, indem sie Singer im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wählten. 1884 wurde Singer erstmals in den Reichstag gewählt. Er gewann das Mandat mit absoluter Mehrheit und sollte es 27 Jahre lang bis zu seinem Tod verteidigen.

Dies war nicht nur eine Demonstration der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin, die gegen die reaktionäre Judenhetze ihren Paul Singer feierten. Ein vor den Nazis geflohener Augenzeuge berichtete viele Jahrzehnte später 1944:

„Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!‘ Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule! Hoch, Judenpaule!‘ tönte es noch von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung völlig harmlos. Sie war lediglich ein Aus-

Paul Singer (1844 – 1911)

Paul Singer übernahm nach einer kaufmännischen Lehre die elterliche Textilfabrik. In den 60er Jahren bewegte er sich im Umfeld radikaler bürgerlicher Demokraten um Johann Jacoby. Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 schloss er sich dem von der Sozialdemokratie angeführten Protest gegen die Bismarcksche Raubpolitik nach außen (Annexion Elsass-Lothringens) und der Unterdrückungspolitik nach innen an. Er war einer jener 101 Berliner radikal-demokratischen Unterzeichner einer Resolution Johann Jacobys, die gegen den chauvinistischen Taumel im konterrevolutionären Raubkrieg gegen Frankreich auftraten. Singer blieb von 1890 bis zu seinem Tod am 31. Januar 1911 Vorstandsmitglied der Sozialdemokratie und Abgeordneter im Reichstag. In seiner politischen Tätigkeit nahm der Kampf gegen den erstarkenden deutschen Militarismus einen wichtigen Platz ein. In einer Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1892 in Berlin prägte er die später von Karl Liebknecht aufgegriffene Parole: „Dem Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!“ In den Folgejahren setzte er sich gegen die imperialistischen Raubzüge des deutschen Imperialismus in China und Afrika ein.

druck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: ‚Judenpaule! Judenpaule!‘ Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Diese Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her ...“^[41]

Als Singer im Juli 1886 unter dem „Sozialistengesetz“ wegen seiner revolutionären Tätigkeit aus Berlin ausgewiesen wurde, gelang es rund 50 sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde trotz massivem Polizeiaufgebot, Singer am Bahnhof zu verabschieden.^[42] Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter solidarisierten sich und besetzten die Stadtbahnzüge, um Singers Verabschiedung gegen die

Polizei durchzusetzen.^[43] Sein Abschiedsgruß an die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter wurde in 20.000 Exemplaren in Berlin verteilt.

Reaktionär durch und durch

„Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus ist nach dem Gesagten klar: hat auch dieser dem Sozialismus seine Schlagworte entlehnt, donnert er auch gegen das ‚Kapital‘, so ist er doch reaktionär durch und durch...Man sieht, es gibt nichts der Sozialdemokratie Feindlicheres, als den Antisemitismus.“ (1885)^[44]

Für Singer selbst hat das religiöse Judentum keine wichtige Rolle gespielt. Seit seiner Jugend war er aber Mitglied der Berliner jüdischen Gemeinde und blieb es auch zumindest bis Ende der 1880er Jahre. Ein Austritt wäre für ihn ein Akt der Feigheit gewesen, der Entsolidarisierung mit denjenigen, die mit ihm als Juden verleumdet, entrechtet und selbst verfolgt wurden^[45], wie Richard Fischer in seiner Grabrede bei der Beerdigung von Singer mitteilte.^[46] Mehrmals, so wird in der Literatur berichtet, sei Singer in den 1880er Jahren von Sozialdemokraten wegen seiner Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde als inkonsequent kritisiert worden. Über die Motive solcher Kritiken ist nichts bekannt, wobei dies aber nichts Gutes vermuten lässt.

Von den Reaktionären wurde Singer als Jude angegriffen. Nachdem er 1887 erneut in den Reichstag gewählt worden war, starteten sie im Berliner Stadtverordnetenparlament, im Reichstag, aber auch in der Presse und in Flugblättern eine jüdenfeindliche Kampagne gegen Singer den „Juden“ und „blutsaugerischen Ausbeuter“. Eduard Bernstein schildert dies rückblickend 1907 wie folgt:

„... Wir haben gesehen, dass im November 1887 die Wahlbeteiligung der Sozialisten im 37. Kommunal-Wahlbezirk den Durchfall des antisemitisch-konservativen Häuptlings Dopp zur Folge hatte. In der Wut darüber gaben die Antisemiten zwei Flugblätter heraus, worin behauptet wurde, der ‚Jude‘ und ‚blutsaugerische Ausbeuter‘ Singer habe im Gegensatz zu den Beschlüssen von St. Gallen durch den Einfluss seines Geldes, ebenso, wie seinerzeit das Eintreten Virchows gegen Stoecker, so auch diesmal den hinters Licht geführten Berliner Arbeitern die Wahlbeteiligung aufnötigen lassen. Singer trat dieser durchaus unwahren oder vielmehr grundverlogenen Verdächtigung in einer scharfgefassten längeren Erklärung entgegen, die im ‚Volksblatt‘ und in der ‚Volkstribüne‘ vom 26. November 1887 abgedruckt ist. Es wurde ihm ein Leichtes, an der Hand der Tatsachen

die verschiedenen Behauptungen der Antisemiten über sein angebliches Eintreten für Unterstützung der Freisinnigen zurückzuweisen; faktisch war Singer 1884 ursprünglich für Wahlenthaltung zwischen Virchow und Stoecker gewesen. Erst auf Drängen von Bebel, Hasenclever und Liebknecht hatte er in die Stichwahl zwischen den genannten eingegriffen, wobei er jedoch Sorge trug, seinen eigenen Standpunkt dadurch zu kennzeichnen, dass er die Parole so formulierte: ‚Nicht für Virchow, sondern gegen Stoecker!‘ Desgleichen hatte er im Herbst 1887 zwar, solange die Debatte im Vorstadium ruhiger Erörterung stand, sich für Beteiligung an den Kommunalwahlen ausgesprochen, dann aber, als der Streit sich zuspitzte, jede Einmischung entschieden abgelehnt, während Bebel, Hasenclever und Liebknecht den Berlinern, die sie um ihre Meinung angingen, rückhaltlos anrieten, an der Wahlbeteiligung festzuhalten. All das wusste man in Berlin, und so fielen in dieser Hinsicht die Verleumdungen der Antisemiten platt zu Boden.

In einem anderen Punkt blieb indes der Verleumdungsfeldzug nicht ganz ohne Erfolg, in dem echt antisemitischen Manöver, aus einer von einem Geschäftsteilhaber der Firma Gebrü-

Anzeige

Inhaltsübersicht

- A. Stellungnahmen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Judenfeindschaft: Praktische Solidarität und theoretische Positionen (1848–1893)
 - B. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft (1874–1893) – Stärken und Schwächen
 - C. Die zentrale Rolle der Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag der SPD 1893
 - D. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements
 - E. Zusammenfassung
 - 1. Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft
 - 2. Zur Vertiefung der Problematik sozialdemokratischer Stellungnahmen zur Judenfeindschaft
 - 3. Positive und vorbildliche Gesichtspunkte im Kampf gegen die Judenfeindschaft
- Fazit und Ausblick
- Anhang: Dokumente der Sozialdemokratie
- Dokument 1: Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zum Antisemitismus (1893)
 - Dokument 2: Resolution der Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus (1893)
 - Dokument 3: Die Rede Bebels von 1893

332 Seiten, 10 €, 1. Auflage 2019, ISBN 978-3-86589-121-7

Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051
D-63020 Offenbach, www.verlag-benario-baum.de

Kollektiv von Autorinnen und Autoren
gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus

Der theoretische, politische und praktische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen (1848 bis 1893)

Auszug aus:

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie
gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede
1893 (1848 bis 1893)



Zur Analyse des Kampfs der kommunistischen
Kräfte gegen Judenfeindschaft (Band 2, Teil 2)

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

der Singer angeblich getanen Äußerung über Lohnerhöhung verlangende Arbeiterinnen gegen Singer Kapital zu schlagen, diesen bewog, aus der Firma, die er gegründet und zu hoher Blüte gebracht hatte, auszuschneiden. Was die Wirkung auf die Partei anbetrifft, so bewiesen die Antisemiten sich freilich auch nur wieder als ein Stück von ‚jener Kraft, die wohl das Böse will, jedoch das Gute schafft‘. Denn wenn der Schritt Singers auch für ihn persönlich materielle Schädigung bedeutete, so hatte die Sozialdemokratie den Vorteil, dass Singer ihr von nun ab seine ganze Kraft widmen konnte. Ein Prozess gegen die ‚Staatsbürgerzeitung‘, die alle jene Verleumdungen gebracht hatte, endete mit einer Verurteilung des Redakteurs Bachler und einem vollen Triumph Singers. Nicht eine der gegen diesen gerichteten Beschuldigungen hatte vor Gericht die Probe bestanden ...“^[47]

Singer selbst gab Ende November 1887 eine als Beilage des „Berliner Volksblatts“ vom 26. November 1887 abgedruckte Erklärung „Arbeiter Berlins! Parteigenossen“ ab, in der es hieß:

„Zum zweiten Male seit wenigen Wochen ist Euch ein Flugblatt zugegangen, welches in bekannten ‚christlich-sozialen‘ Ausführungen sich mit meiner Person beschäftigt.

Wenn es mich auch mit Ekel erfüllt, mich mit diesem von frechen Lügen und elenden Verleumdungen strotzenden Machwerk abgeben zu müssen, so zwingt mir doch der Umstand, dass in

mir meine Partei – die deutsche Sozialdemokratie – beschimpft wird, die Feder in die Hand ...

Von mir im Verein mit einem Parteigenossen ging der Vorschlag aus, in allgemeiner öffentlicher Versammlung die Frage, ob Beteiligung (an den Kommunalwahlen, A. d. V.) oder Nichtbeteiligung zu entscheiden und danach zu handeln.

Dieser Tatsache gegenüber wagt das neueste Produkt christlich-sozialen Hasses die Behauptung aufzustellen, ‚der Jude befiehlt, dass die Arbeiter für den Fortschritt (für die Fortschrittspartei, A. d. V.) antreten, und sie müssen tanzen, wie der Jude pfeift‘. Wie paart sich hier Gemeinheit und Wahnsinn.“^[48]

In einer Rede gegen die jüdenfeindlichen Aufmärsche angeblich „arbeitsloser Arbeiter“ im März 1892 erklärte Singer im Reichstag:

„Der ganze Kampf der Antisemiten ist im Wesentlichen nichts anderes als der Wunsch, die Juden, die sie totschiessen, zu beerben.“^[49]

Bei seiner Beisetzung 1911 begleiteten eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter auf einer siebenstündigen Demonstration den Sarg in einem Trauerzug. Das damals drei Millionen Einwohner zählende Berlin hatte noch nie zuvor eine solche Massendemonstration gesehen.^[50]

Lenin berichtete wie folgt über Singers Beerdigung:

„Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen.“^[51]

Diese sicherlich nicht vollständige Darstellung des praktischen Kampfs der Sozialdemokratie soll unterstreichen, warum wir – trotz alledem – mit der damaligen sozialdemokratischen Partei solidarisch sind und uns als in dieser Tradition stehend verstehen.

Es gilt auch aus diesem Blickwinkel die praktischen Kämpfe der nachfolgenden kommunistischen Bewegung einzuschätzen und zu analysieren und zu prüfen, inwieweit an dieser positiven Tradition festgehalten wurde.

Positiv war auf jeden Fall die Feststellung:

„Über die Leiche des Antisemitismus, über die zuckenden Kadaver der alten Parteien geht der Weg zum Siege.“ (1892)^[52]

Endnoten:

[1] Siehe Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881, Teil 2, München 2003, S. 774 [2] Ebenda [3] Siehe Martin Philippson, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 22 [4] Ebenda [5] Brief von Bebel an Engels vom 14. Januar 1881. Zitiert nach: Werner Blumenberg (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London – The Hague – Paris 1965, S. 101 [6] Eduard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907, S. 60 [7] Zitiert nach: Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978, S.107[8] August Bebel: „Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1893, S. 224 [9] Im Folgenden zitiert nach: Die Stellung der Arbeiter zur Judenfrage, Berlin 1881[10] Gerhard Krause: Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1890, S.27f [11] Allgemeine Zeitung des Judentums (im Weiteren abgekürzt als: AZJ), Nr. 18/1890, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 [12] AZJ 28/1890, S. 361: „Der Antisemitentag in Erfurt“ [13] AZJ 33, 29.8.1890, S. 14 [14] AZJ Nr. 17/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 [15] AZJ Nr. 18/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 [16] AZJ Nr. 44/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2, Lahr, 18. Oktober [17] Deutsch-

Soziale Blätter, Nr. 175 vom 20.12.1891, S. 600 [18] AZJ Nr. 20/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3 [19] Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 94 [20] Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region, Wiesbaden 2000, S. 24 [21] Sächsische Arbeiter-Zeitung, Nr. 41 vom 18.2.1893, S. 196 [22] Deutsch-Soziale Blätter Beilage, Nr. 19 vom 14.5.1893 [23] Wilhelm Liebknecht: Rede über den Kölner Parteitag, Bielefeld 1893, S. 28 [24] Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 108 [25] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 270 f. [26] Ebenda, S. 302 [27] Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 151 [28] Siehe Mack, Rüdiger: Otto Böckel und die antisemitischen Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Band 16, Friedberg 1976 [29] Siehe Jürgens, Peter: Antisemitismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus, Hamburg 2013, S. 49 [30] Ebenda, S.24f [31] Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im

Kaiserreich, Bonn 1978, S. 174 f. [32] Siehe ebenda, S. 173 [33] Siehe ebenda, S. 172 [34] Siehe Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986, S. 192 ff. [35] Vorwärts, 6. Februar 1892 [36] Vorwärts, 4. März 1890 [37] Ebenda [38] Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12.3.1893, S. 3 [39] Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 19 [40] Ebenda, S. 21 [41] Massing a. a. O., S. 183 [42] Siehe Gemkow a.a.O., S. 43 [43] Siehe ebenda, S. 43 [44] Karl Kautsky: Der Antisemitismus, in: Österreichischer Arbeiter-Kalender, Brünn 1885, S. 101 [45] Siehe ebenda, S. 43 [46] Rede Richard Fischers am Grabe Paul Singers, siehe Vorwärts, 28. Jahrgang, Nr. 32, 7. Februar 1911 [47] Zitiert nach: Heid, Ludger (Hrsg.): Eduard Bernstein, Ich bin der Letzte, der dazu schweigt. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Berlin 2004, S. 155 f. [48] Zitiert nach: Gemkow, a. a. O., S. 73 f. [49] Paul Singer, Reichstagsrede. Zitiert nach: AZJ, Nr. 14/2891, Berlin, 28. März, S. 158 [50] Siehe Gemkow a. a. O., S. 5 [51] Lenin, W. I.: Paul Singer, 1911, Lenin Werke Band 17, S. 76[52] Kurt Falk: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Elberfeld 1892, S. 3